

MARTIN FOCHLER

## Die CSU – das Modell einer »regierenden Partei«

Die Frage nach der Integrationskraft des bürgerlichen Lagers stellt sich nach den Ergebnissen der bayerischen Kommunalwahlen auch für die CSU. Eine mit Spannung erwartet Antwort auf diese Frage werden die Landtagswahlen im September geben.

Im Kommunalwahlergebnis vom März 2008<sup>1</sup> hat sich ein Trend zur Stärkung der „Kleinen“ abgezeichnet. Freie Wähler (in der Statistik meist unter „Sonstige“ enthalten), Grüne, FDP und auch die LINKE legten zu, CSU und SPD verloren. Die Mehrheit der CSU wäre dahin, wenn die Freien Wähler ihr derzeitiges Kommunalwahlpotential (ca. 19 Prozent) bei der Landtagswahl realisieren könnten. Die Freien Wähler stehen ihren Grundsätzen nach der CSU nahe. Es handelt sich um örtlich basierte Wählervereinigungen, die lokale oder regionale Interessen gegenüber der Landesregierung freier vertreten können als in die Parteidisziplin eingebundene CSU-Politiker. Das Kommunalwahlpotential der Freien Wähler fällt bei Bundestagswahlen überwiegend an die CSU bzw. die FDP. Bei der Landtagswahl vor fünf Jahren war unter den Freien Wählern schon die Teilnahme strittig und das Ergebnis lag bei dann 4 Prozent.

Die Interpretation des Wahlergebnisses 2008 fällt schwer, bei der CSU wie bei der SPD spricht man von „Licht und Schatten“. Unbestritten war Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Planungen der öffentlichen Einrichtungen am Ort und in der Region in vielen Fällen der entscheidende Faktor. Dies hat in Augsburg die SPD erst die Regenbogenmehrheit im Stadtrat und dann in der Stichwahl das OB-Amt gekostet. Umgekehrt hatte in der niederbayerischen Bischofs- und Universitätsstadt Passau die CSU die Lasten eines ungeliebten Umgestaltungsplanes zu tragen.

In den beiden Zentren München und Nürnberg gelang es der SPD im Verein mit den Grünen, den Unmut über

Planungen und Vorhaben und Verhalten der Landesregierung in Zustimmung zur Amtsführung der Oberbürgermeister Ude (München, SPD) und Maly (Nürnberg, SPD) umzumünzen. Beide Politiker erwarben ihr hohes Ansehen nicht etwa als patriarchal-obrigkeitliche Stadtväter, sondern als weltoffene Fachleute und Chefs einer modernisierten, bürgernah auftretenden Verwaltung. Die Kommunalwahl ist nach dem Wahlrecht und aus der Sicht der Wählerschaft eine Persönlichkeitswahl. Solche Leute wurden bei diesen Kommunalwahlen in Bayern bevorzugt gewählt.

Für die CSU stellt sich dieser Trend, für den sie programmatisch offen ist<sup>2</sup>, als innerparteiliches Organisationsproblem dar. Die Tendenz zur Rekrutierung von Parteienachwuchs aus dem Familienkreis besonders verdienter Mitglieder verstärkt das Kriterium von Loyalität und Beziehungen, die fachliche Eignung und Offenheit für das breite Publikum zählt da weniger. So konservieren kleine und große Dynastien Verhaltensweisen und Politikstil denen im gesellschaftlichen Raum das Verfallsdatum schon aufgestempelt ist. Der Generationswechsel, den die CSU mit Nachdruck betreibt, löst derartige Probleme nur zum Teil. So hat die Partei ein spezifisches Problem, das sich ironischerweise aus ihrer tradierten Stärke, aus ihrer Einbettung in Familien- und Erbschaftszusammenhänge ergibt. Bereinigungsprozesse sind schmerzhaft, bundesweit öffentlich wurden sie am Fall der Strauß-Nachkommen. Angesichts solcher Schwierigkeiten ist es für die CSU ein ganz bedeutendes Ereignis, dass sie in Augsburg, der drittgrößten Stadt Bayerns, mit einem Nicht-Mitglied als OB-Kandidaten eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat gewinnen und den amtierenden SPD-OB Wengert in der Stichwahl schlagen konnte.

1 Übersichten und Anmerkungen zu Einzelergebnissen: Andreas Thomsen, Ergebnisse der bayerischen Kommunalwahl aus Sicht der LINKEN, <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14271#>

2 CSU Grundsatzprogramm, S. 9 „Wir in der CSU stehen für Freiheit und Verantwortung, Modernität und Humanität, Tradition und Fortschritt.“ <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf>

## Landespolitik nach der Formel 50 Prozent + x

Im Januar 2007 ergab die Sonntagsfrage für die Landtagswahlen in Bayern nur noch 45 Prozent für die CSU. Bei Landtagswahlen! Der Ministerpräsident wurde ausgewechselt, der Fraktionschef neu gewählt, das Kabinett umgebildet, der neue Vorsitzenden musste durch eine Kampfabstimmung. Man beschloss das neue Grundsatzprogramm. Außerdem hat die Partei – erstmals in ihrer Geschichte – eine Generalsekretärin. Ende September 2007 wurden wieder 56 Prozent gemessen. (Beide Umfragen: Forschungsgruppe Wahlen des ZDF)<sup>3</sup>. Im ersten Quartal trübte sich die Stimmung ein, dazu beigetragen haben wahrscheinlich das strenge Rauchverbot, das in die Lebensart eingreift, die Verwicklung der bayerischen Landesbank in hochspekulative Verlustgeschäfte, was an der Kompetenz der Landesregierung zweifeln lässt und, nicht zuletzt, der Kaufkraftverlust infolge der Inflation, der sich zunehmend auch bei mittleren Einkommen bemerkbar macht: Das Rauchverbot wurde gelockert, der Landesbankchef aus dem Amt entfernt, in der Bundespolitik bemüht sich der CSU-Vorsitzende Huber um die Wiedereinführung der Pendlerpauschale „vom ersten Kilometer an“. Trotz der Verluste bei der Kommunalwahl kämpft die CSU bei den Landtagswahlen im September nicht ohne Aussicht um die 50 Prozent + x.

Wie funktioniert so etwas?

Seit 1962 stellt die CSU mehr als die Hälfte der 204 Abgeordneten des Landtags. Diese Position erzielte die CSU durch Integration der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des bayerischen Traditionalismus, die Parteien, die diesen Strömungen vorher eine politische Heimat geboten hatten, (der Gesamtdeutsche Block/BHE und die Bayernpartei) gingen in Skandalen und Intrigen unter. Seither gilt im Normalfall: Wer in Bayern etwas erreichen oder ändern will, muss die CSU für sein Anliegen gewinnen.

Die verfestigte Rolle der CSU als „Regierungspartei“, umgeben von „Oppositionsparteien“, wird im politischen Leben als Arroganz der Macht wahrgenommen und angegriffen. Aber diese oft bis über die Grenze der

3 Sonntagsfrage Landtagswahlen in Bayern:  
3.2.2008: 51 Prozent  
27.9.2007: CSU 56. Prozent (ZDF, Forschungsgruppe Wahlen)  
13.1.2007: CSU 45 Prozent (ZDF, Forschungsgruppe Wahlen)  
5.9.2003: CSU: 60 Prozent  
Bei der Landtagswahl am 31.9. 1998 hatte die CSU 60,7 Prozent erreicht.  
Umfragewerte der CSU bei der Forschungsgruppe Wahlen, „Politische Stimmung ohne Berücksichtigung ‚längerfristiger Überzeugungen und taktischer Überlegungen‘ der Wähler“  
<http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm>

Unverschämtheit hinaus getriebene Arroganz pflegt die CSU nur gegenüber den konkurrierenden Parteien. Für Anliegen aus der Bevölkerung, aus den Kirchen, Verbänden, Gemeinden hat die Partei ein offenes Ohr.

Das Bundesland Bayern ist regional nach Traditionen und Interessenlagen stark gegliedert. Geltung und Bedeutung verschieben sich fortwährend. Ihre heutige Zentralstellung hat die Landeshauptstadt München nur langsam den einstmals als freien Reichstädten so bedeutenden Orten Nürnberg, Augsburg und Regensburg abgewonnen. Im Parteileben des Landes wirken spezifische politische Strömungen und Traditionen weiter, auch wenn sie als „eigene Parteien“ verschwunden sind oder bedeutungslos wurden (s.o. Bayernpartei<sup>4</sup>, GB/BHE). Eine herbe Brüskierung selbst relativ kleiner Gruppierungen kann zu einer strategischen Niederlage, dem Verlust der „entscheidenden Mehrheit“ führen. Für die CSU gefährliche Parteien können sich in Bayern vor allem am rechten Rand bilden. So kam 1966 die NPD mit 15 Mandaten in den Landtag. F.J. Strauß prägte die strategische Formel, dass rechts von der CSU kein Raum für eine Parteibildung frei bleiben dürfe. 1990 verfehlten die REP, die aus dem wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU hervorgegangen waren, die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp (4,9 Prozent).<sup>5</sup>

Der politische Betrieb Bayerns wird durch die 50 Prozent + x reguliert, im Besitz der entscheidenden Mehrheit kann die CSU die anderen Parteien klein halten und die politischen Interessen aus der Bevölkerung auf sich ziehen. Die Struktur der stabilen entscheidenden Mehrheit hält weltanschauliche und nach Interessenlagen stark differierende Komponenten zusammen. In der politischen Form der regierenden, von wirtschaftlich, politisch oder kulturell Mächtigen, von den Verbänden, Kirchen usw. beratene Partei organisiert die CSU durch gezielten Einsatz staatlicher Mittel soziale Anpassungsprozesse und wirtschaftliche Entwicklung bei Wahrung traditioneller Werte und Lebensformen. Die Notwendigkeit, 50 Prozent + x immer wieder zu erreichen, führt zu einer außerordentlichen Empfindlichkeit der Partei für Stimmen und selbst Stimmungen in der Bevölkerung.

**Beispiel:** Die *wirtschaftsliberal-rücksichtslose Modernisierungspolitik*, der sich die CSU in den Jahren vor der Bundestagswahl verschrieben hatte, verstörte die christlich-sozial orientierten Wähler und Verbände. Stoiber, der dazu ausersehen war, in einem Kabinett Merkel den Antreiber zu machen, hätte damit die Mehrheit in Bayern riskiert. Er blieb in Bayern und schied aus, während zeitgleich die Partei eine Kritik am Neoliberalismus kultivierte. Der Heilige Vater in Rom half

4 Wie rasch sich solche intergiierten Teile wieder losreißen und eigenes Leben zurückgewinnen können zeigt der Erfolg der Bayernpartei, die bei den Stadtratswahlen in München mit einer Kampagne zur Wiederherstellung der Rauchfreiheit ein Mandat gewann.

5 <http://www.statistik.bayern.de/wahlen/lw/lt0sit.htm>

und spendierte dem Erzbistum München/Freising mit Bischof Marx einen Sozialpolitiker (statt des ursprünglich vorgesehenen, erzkonservativen Regensburger Bischofs Müller).

## Staat und Wirtschaft

Als „regierende Partei“ hat die CSU spezifische Verfahren der politischen Willensbildung entwickelt. Sie präsentiert der Öffentlichkeit fertige Lösungen, die in direkten Verhandlungen zwischen Verwaltung – Partei – Interessengruppen entstehen. Das ist der Grund für die oft bizarren Schwierigkeiten bei den Versuchen, nachträglich Anerkennung in der breiten öffentlichen Meinung zu erzielen.

Die CSU sieht sich nicht in der Pflicht, die Interessen, die an sie herangetragen werden, in den Bildungsprozess der öffentlichen Meinung hineinzutragen und so, wie es etwa die FDP versucht, sich als Vermittler zwischen „der Wirtschaft“ und „der Öffentlichkeit“ darzustellen. Sie vollzieht die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten in direkter und diskreter Abstimmung mit den Kräften der Wirtschaft jenseits der Öffentlichkeit. Das betrifft mehr noch als die Gesetzgebungsarbeit das weite Feld der leistenden (und planenden) Verwaltung.

Die Verwaltung kommt der Wirtschaft entgegen. Die Regierung lässt sich dabei vom Interesse an der Entwicklung des Landes leiten, sie schafft Gelegenheiten für die privaten Interessen. Öffentlichkeit und Steuerzahler werden belastet, aber am Ende wird alles gut. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht als Träger einer sachlichen Diskussion über politisch-wirtschaftliche Entwicklungsziele gesehen, sie werden durch den Erfolg gewonnen.

Es kommt zu großen Staatsinterventionen und -investitionen, denen keine öffentliche Diskussion vorausgeht:

**Beispiel A:** *Metropolentwicklung München/Nürnberg.* Die Organisation der modernen, urbanisierten Gesellschaft in Ballungszentren wirft überall schwierige Fragen auf. In Bayern geht es dabei um die Beziehung des Raums Münchens zum Raum Nürnberg. Als Standort von Konsumgüterindustrien wurde Nürnberg von Standortverlagerungen hart getroffen, auch ist eine Verlagerung hin zu den neuen Dienstleistungsindustrien unter solchen Voraussetzungen nicht einfach.

Zugleich ist das erfolgreich modernisierte München als Metropolregion im Weltmaßstab gesehen sehr klein. Wie kann München unter solchen Bedingungen ein metropolitanes Zentrum von weltweitem Bekanntheitsgrad bleiben? Wie kann Nürnberg eine erfolgreiche Metropolregion werden?

Die bayerische Staatsregierung hat dazu den Weg der Öffnung der beiden Standorte „München“ und „Nürnberg“

aufeinander hin beschritten und die hohen Kosten vertreten, die vor allem durch die ICE-Schnellbahntrasse München-Nürnberg entstanden. Obwohl es zu Kostensteigerungen kam und das Projekt immer unpopulärer wurde, sieht es jetzt nach Fertigstellung anders aus. Die Öffnung der beiden Ballungsräume „aufeinander zu“ hat die leidige Standortkonkurrenz moderiert und konnte beiden Regionen die Chance geben, ihre Stärken auszuprägen. Die (international gesehene) Kleinräumigkeit des Münchner und die Strukturchwäche des Nürnberger Raums werden durch eine Verknüpfung dieser beiden Zentren gekontert, die so angelegt ist, dass spezifische Chancen jeweils gehoben werden können.

Diese Art Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Standortkonkurrenz betrifft – jedenfalls im Bundesland Bayern – auch die sogenannten weichen Standortfaktoren, die kulturelle Komponente. Man könnte wohl ohne zu übertreiben davon reden, dass diese alle Bereiche berührende Politik der Öffnung spezifischer regionaler Interessengruppen die Wahl eines stark protestantisch-kirchlich eingebundenen Ministerpräsidenten ermöglicht hat, die damit symbolisierte Überbrückung konfessioneller Differenzen erleichtert die Propaganda der „christlich-abendländischen“ Leitkultur.

**Beispiel B:** *München, umgeben von großen Städten.* Die Entwicklung des südbayerischen Raums mit Zentrum München hängt ab von der arbeitsteiligen Verbindung mit großen Städten. Augsburg, Ingolstadt, Regensburg, Landshut wollen sich keineswegs zu bloßen Vor- und Nebenstädten Münchens entwickeln. Hier scheut die Staatsregierung den unpopulären Weg nicht, Städten wichtige Ausstattungsmerkmale wegzuschneiden, so z.B. Augsburg seine Musikhochschule und vieles andere mehr. Solche Funktionsverluste sollen aber ausgeglichen werden, das abgewertete Augsburg soll sich als Tor nach Westen und Nordwesten und Organisationsmacht eines weiten, ländlichen und auch industriell potenten Raums entfalten.

Das fast völlige Fehlen einer öffentlichen Debatte über derartige Strategien kann zu herben politischen Konflikten führen. So scheiterte jüngst das Vorhaben der Stadt Augsburg durch große innerstädtische Umbauten eine Neuordnung des dortigen Nahverkehrs zu erreichen; womit ein wichtiger Baustein im regionalen Verkehrskonzept fehlt. Bei den Kommunalwahlen wurde, siehe oben, die Regenbogenmehrheit mit SPD-OB Wengert abgewählt, die CSU siegte.

**Beispiel C:** *Transrapid.*

Es gibt wohl kaum etwas weniger Populäres als diesen Plan, der, von der Landeshauptstadt München und einer großen Zahl von Bürgern zurückgewiesen, auf einen Volksentscheid zusteuert. Gedacht war dabei an eine Möglichkeit, das „alte“ München mit neuen Ansiedlungen rund um den Flughafen eng, sozusagen im Minu-

tentakt zusammenzuhalten. Der Reiz des Projektes lag in der Chance, den Raum München als metropolitanen Raum zu entwickeln. Die schnelle Verbindung mit dem Zentrum der alten, schönen Stadt hätte das Flughafenumfeld zu einer interessanten Zone für die Entwicklung einer modern gebauten Stadt bestimmt. Da dieses Projekt in eine Perspektivplanung eingebettet ist, nach der die Öffentlichkeit nicht gefragt wurde, ist die öffentliche Meinung aufgebracht. Die CSU – Partei und Landtagsfraktion – hält aber an dem Plan fest. Die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid gegen den Transrapid erzielte breiteste Unterstützung, aber das Innenministerium zieht vor Gericht, der Entscheid sei wegen Verletzung des Haushaltsprivilegs des Landtags unzulässig. Im April entscheidet das bayerische Verfassungsgericht (Das Projekt wurde am 27. März aus finanziellen Gründen gestoppt). Bei den Landratswahlen im Kreis München-Land schlug überraschend die SPD-Kandidatin den amtierenden Landrat von der CSU. Im flughafennahen Freising kam es zu einer Stichwahl zwischen dem Landratskandidaten der Grünen und dem der Freien Wähler, die der Kandidat der Freien Wähler für sich entschied.

Im Kontrast zu seinen Praktiken der Planung unter Vermeidung von Öffentlichkeit hat das politische System Bayern sich das Volksbegehren als Korrektiv geschaffen. Auf diesem Wege wurde z.B. aus der vorher gesetzlichen „Konfessionsschule“ 1968 die überkonfessionelle „christliche Gemeinschaftsschule“.<sup>6</sup>

Auch demonstrative Aktionen, die soziale und kulturelle Spaltungen überbrücken und so den Charakter von Volksbewegungen annehmen, wirken. So führten die Proteste gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf in der Oberpfalz letztlich zum Ziel. Sie waren von der städtisch geprägten Anti-Atomkraft-Bewegung und bäuerlich-ländlich geprägten Schichten in der Region unterstützt worden.<sup>7</sup>

## Freiheit, „effektiver“ und „beherrschter“ Lebensraum

Das Wertesystem, von dem sich die Verwaltungspraxis des Landes ungebrochen leiten lässt, geht auf Theorien zurück, die etwa mit dem Namen Forsthoff verbunden werden können, der Anfang des letzten Jahrhunderts darstellte, dass sich in der modernen Gesellschaft zwar der „effektive Lebensraum“ – jedenfalls der Möglichkeit nach – erweitert, aber der „beherrschte Raum“ schrumpft.<sup>8</sup> Fast jede Lebensäußerung bedarf in der

modernen Gesellschaft einer Vorleistung der „leistenden Verwaltung“, deren Struktur die Handlungsmöglichkeiten dessen bestimmt, der sie annimmt. Diese harte Wahrheit kann das Gefühl der Freiheit empfindlich verletzen. Ist aber der Weg, der durch die Struktur der Verwaltungsleistungen vorgegeben wird einladend gestaltet, müssen selbst eng gezogene Grenzen gar nicht ins Bewusstsein treten.

Die feste Absicht der leistenden Verwaltung, solche Angebote zu schaffen, und die Heranziehung der geeigneten Fachleute und -interessenten über die Mehrheitspartei führen in der Tat zu einer effektiven, außerordentlich breiten Palette von Angeboten, die als gute Gaben von Oben erscheinen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie in Bayern, eine „regierende Partei“, beraten von Fachleuten und Repräsentanten großer Interessen, die Gestaltung dieser Leistungen intern verrichtet, so dass die breite Öffentlichkeit gar nicht die Chance hat, diese Struktur als ihr eigenes Werk zu erkennen; es entsteht eine ungeheure Autorität. In den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur schiebt sich der Staat mit der Gewalt einer Naturbedingung. Es liegt auf der Hand, dass dieses Wandeln auf effektiv vorgezeichneten Bahnen zwar Auswahlmöglichkeiten enthalten muss, Abwege aber werden

[thek/texte/05oeffrecht/verwrecht/verwalrechtslexikon.htm](http://thek/texte/05oeffrecht/verwrecht/verwalrechtslexikon.htm)

Lexikonstichwort Verwaltungsrecht

Verf.: Alfred Rincken in Rechtslexikon

III. Ernst Forsthoff kommt das Verdienst zu, bereits vor über 30 Jahren das Ungenügen der traditionellen wissenschaftlichen Dogmatik des Verwaltungsrechts für die Erfüllung der neuen Aufgaben dargestellt zu haben, die im Zuge der industriellen Entwicklung auf den Staat zukamen und denen sich dieser nicht entziehen konnte. Er hat die Notwendigkeit der „Darbringung von Leistungen, auf welche der in die modernen massentümlichen Lebensformen verwiesene Mensch lebensnotwendig angewiesen ist“, mit dem Begriff der „Daseinsvorsorge“ wie folgt beschrieben: „Mit der Zusammendrängung großer Bevölkerungsmassen auf engstem Raum in den Großstädten, wie sie die industrielle Emanzipation im 19. und 20. Jahrhundert mit sich brachte, ergaben sich für die individuelle Daseinsführung neue Bedingungen und Erfordernisse. Sie lassen sich in der Weise verdeutlichen, dass man den beherrschten und den effektiven Lebensraum des einzelnen unterscheidet. Als beherrschter Lebensraum soll derjenige gelten, der dem einzelnen in so intensiver Weise zugeordnet ist, dass er über ihn verfügt oder ihn mindestens auf Dauer zu nutzen berechtigt ist. Als effektiver Lebensraum soll derjenige bezeichnet sein, in dem das Dasein der einzelnen effektiv abläuft. Die durch die Industrialisierung ausgelöste räumliche Verschiebung der Bevölkerung hat dazu geführt, dass sich der beherrschte Lebensraum des einzelnen mehr und mehr verringerte, während die Technik den effektiven Lebensraum außerordentlich erweiterte. Mit dem beherrschten Lebensraum gingen dem einzelnen die Sicherungen verloren, die seinem Dasein eine gewisse Eigenständigkeit verliehen. Nun war er auf Vorkehrungen angewiesen, die seiner sozialen Bedürftigkeit zu Hilfe kommen und die Daseinsführung ohne beherrschten Lebensraum erst möglich machen: Gas, Wasser, elektrische Energie, Abwasserableitung, Verkehrsmittel usw. Die soziale Bedürftigkeit ist also unabhängig vom Vermögen, sie trifft für jeden, dessen Dasein nicht durch einen beherrschten Lebensraum abgesichert ist, in eminentem Maße zu. Dieser Bedürftigkeit zu Hilfe zu kommen, ist staatliche Aufgabe geworden, wobei Staat im weiteren, auch die Gemeinden umfassenden Sinne verstanden sein soll. Was in Erfüllung dieser Aufgabe geschieht, ist Daseinsvorsorge.“

6 Ausführlich dazu:

[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44500](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44500)

7 Eine gute Übersicht bietet: [http://de.wikipedia.org/wiki/Wiederaufarbeitungsanlage\\_Wackersdorf](http://de.wikipedia.org/wiki/Wiederaufarbeitungsanlage_Wackersdorf)

8 <http://www2.fh-fulda.de/fb/sw/projekte/curs/curs2003/biblio->

nicht geduldet. Es braucht schon großen gesellschaftlichen Druck, um die Anlage neuer Wege zu erzwingen. **Beispiel** „*Schwabinger Krawalle*“: Anfang der sechziger Jahre hielten sich an einem warmen Sommerabend an einem öffentlichen Brunnen in Schwabing ein paar Leute mit Straßenmusik auf. Es kam zum polizeilichen Einschreiten und zu einer Solidarisierung, die zu wochenlangen teils sehr lebhaften Protesten von bis zu vierzigtausend meist junger Leute auf der Münchner Prachtstraße führte. In diesem Falle scheiterte die Politik der „Nulltoleranz“, die damals noch nicht so hieß. Die Bewegung mündete in eine breitere zur Rückgewinnung des öffentlichen Raums für Lebensäußerungen, die sich in der Einrichtung von Fußgängerzonen und auch in etwas Zurückhaltung der öffentlichen Sanktionsmacht ausdrückt.<sup>9</sup>

**Beispiel** *Hausbesetzungen*. Spekulativer Leerstand von Wohnraum fordert in der ganzen alten BRD Hausbesetzungen heraus. In vielen Städten wird verhandelt, es kommt zu Überbrückungslösungen. Die CSU prägt dagegen das Wort von den „Hamburger Verhältnissen“. Räumungen werden durchgezogen. In Nürnberg mündet eine Filmveranstaltung zu der niederländischen „Kraaker“-Bewegung in eine Massenverhaftung von 141 Leuten. Bis die letzten freigelassen werden, dauert es zwei Wochen. Letztlich kann keiner der Festgenommenen verurteilt werden.<sup>10</sup> Dennoch hatte die Staatsregierung eine harte Linie gegenüber einer Randgruppenbewegung unmissverständlich durchgehalten.

## Tradition, Leitkultur und autoritärer Staat

Die Vermittlung des breiten Angebotes an Vorleistungen mit den Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger wird reibungsarm am besten durch religiöse und kulturelle Traditionen gewährleistet. Eine Anstalt etwa wie das Oktoberfest bedarf der Besuchertradition, es stiftet in einem unsicheren Leben Sicherheit, weil Hunderttausende tun, was ich tue, genießen, was ich genieße, mögen, was ich mag, Jahr um Jahr, zum Sehen, Anfassen, Anfühlen. Der Komplex der zulässigen Traditionen und sozialen Praktiken wird von der neueren CSU-Politik unter dem Begriff der Leitkultur zusammengefasst, der nach einigem Hin und Her auch in das neue Grundsatzzprogramm Eingang fand. Leitkultur bedeutet somit die Verflechtung der Traditionen und Praktiken mit politischer Sanktionsmacht.

Typisch für diese Struktur sind abrupte Entwicklungen,

<sup>9</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Schwabinger\\_Krawalle](http://de.wikipedia.org/wiki/Schwabinger_Krawalle)  
<sup>10</sup> Peter Reindl, 2.3.2006. Vor 25 Jahren geschahen die Nürnberger Massenverhaftungen, EPV – Evangelischer Presseverband für Bayern, <http://www.epv.de/node/1728>

die eintreten, wenn Menschen und Bewegungen, die sich auf wohlgepflegten Pfaden in gefühlter Freiheit bewegen, an Grenzen stoßen. Sie erleben dann einen autoritären Staat, der sie mit robusten Mitteln auf die Wege des Erlaubten zurücktreibt. Diese Tendenz zeigt die Staatsmacht deutlich im Umgang mit Menschen, die als Ausländer klassifiziert den Schutz der Gesetze nicht in vollem Umfang genießen.

## Autoritärer Staat und Subsidiarität

Die Subsidiarität, die ein Kernstück der CSU-Programmatik ist, versöhnt Autorität mit dem Streben nach Selbstbestimmung. So wie der Schöpfer der Menschheit die Erde, so überlässt die gesellschaftliche Autorität dem Einzelnen einen Gestaltungsraum, in den die Obrigkeit nur im Ausnahmefall eingreift. Das Organisationsprinzip der Subsidiarität kann emanzipatorisch begriffen werden, da es von der Person aus gesehen Freiräume beschreibt. Eine solche Interpretation legt die Darstellung der Thematik im neuen Grundsatzprogramm der CSU nahe. Das wäre aber ein Missverständnis, denn der subsidiäre Raum ist immer ein Freiraum, ein Spielraum, den die politische Macht nur widerruflich gewährt.

Aktuell streicht die CSU-Programmatik die Handlungsräume der „kleineren Einheiten“ heraus, um die „größeren Einheiten“ zu entlasten.<sup>11</sup> Wenn nämlich Leistungen der „größeren Einheit“ materielle Voraussetzung für das soziale Handeln sind, wird die Frage entscheidend, wie die Bürgerinnen und Bürger das Handeln der „größeren Einheit“ steuernd beeinflussen können. Die Angebote subsidiärer Freiheiten schirmen so gesehen den autoritären Staat ab.

## CSU im Zwiespalt

**A) Freiheit.** Die Politik des breiten Angebots bei Wahlfreiheit schafft eine gefühlte Freiheit, als deren Garant der Staat dasteht. Diese gefühlte Freiheit ist eine starke Kraft, die als „Sich-nicht-dreinreden-lassen“, „Wen-geht-denn-das-was-an“, „Lass-mir-meine-Ruhe“ usw. im sozialen Leben ausprägt und politischen Respekt verlangt. Sie ist in der kulturellen Tradition des Landes tief verankert, so ist aus der Zeit der Aufklärung der Begriff der „*Liberalitas Bavarica*“ überliefert, der von der bayerischen FDP noch heute als Losung gepflegt wird.

<sup>11</sup> CSU Grundsatzprogramm S. 34: „Der Anspruch auf Solidarität wurde zu häufig vor die Eigenverantwortung gestellt, die Bedeutung von Leistung und Leistungsbereitschaft für den Menschen und die Gesellschaft oft verkannt, das Subsidiaritätsprinzip verletzt, Freiheit eingeschränkt, Abhängigkeiten wurden geschaffen.“ <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf>

**B) Wohlstand:** Die CSU bewertet ihre Politik anhand von zwei Kennziffern, die eine ist, der 50 Prozent + x-Maßstab der gemessenen Zustimmung, die andere das Steueraufkommen als Maßzahl der wirtschaftlichen Entwicklung und als Basis der Finanzierung öffentlicher Leistungen. Seitdem die CSU in Bayern regiert gaben diesen Maßzahlen Aufschluss über Grad und Entwicklung der Wohlfahrt. Auf eine Entwicklung, in der breite Zustimmung mit tiefer Verbitterung und solide öffentliche Finanzen mit Verarmung parallel gehen, ist die CSU nicht vorbereitet. Es entsteht ein Gerechtigkeitsproblem.

**C) Gerechtigkeit:** Die oben genannten Maßzahlen können zwei verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen ansprechen. Eine im Ganzen positive Wirtschaftsentwicklung vorausgesetzt, bleibt die Frage der Verteilung, d.h. der Ballung der Vorteile (nur Starke können Schwachen helfen) oder einer ausgleichenden Verteilung (Hilfe zur Selbsthilfe). In dieser Frage besteht Streit in der CSU zwischen einem konservativ-liberalistischem Denken und einem christlich-sozial beeinflussten. In ihrem neuen Programm prägt die CSU für dieses Problem die Formel der „solidarischen Leistungsgesellschaft“. Eine zu diesem Schlagwort passende Arbeitsmarktpolitik formuliert sie nicht.

## Chancen von Oppositionspolitik

Oppositionspolitik in Bayern muss einen langen Atem haben. Sie kann und wird sich unbedingt an den Erscheinungen des autoritären Staats abarbeiten und Kritik dagegen aufbieten müssen. Sie wird dabei auch ihre Erfolgserlebnisse haben und das staatliche Handeln der Mehrheitspartei beeinflussen können, denn diese ist stets in Gefahr, auf 50 Prozent minus x zu sacken. Aber diese notwendigen Aktivitäten werden an der Vormacht der CSU nichts ändern können.

Wirksam kann eine Politik werden, die auf eine andere, demokratische und öffentliche Vermittlung privater Interessen und sozialer Bedürfnisse setzt. Es spricht manches dafür, dass die moderne Welt inzwischen so komplex geworden ist, dass die Strukturierung der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen im Zusammenspiel von Fachverwaltung und planungsstarken Privaten nicht mehr gelingt. So entstandene Planungen werden mit zunehmender Häufigkeit nicht akzeptiert, sei es weil sich die Leute überfahren fühlen, sei es, weil sie qualitative Mängel haben. Offensichtlich ist es nötig, über wichtige Fragen der Stadt- bzw. Landesentwicklung in einer frühen Phase der Planung, Öffentlichkeit herzustellen. Ein Ergebnis der jüngsten Kommunalwahlen in Bayern ist zweifellos, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Selbstverwaltung wollen und der Tendenz der CSU zum „Durchregieren“ etwas entgegensetzen.

Diesen Trend kann die Parteidiskussion gerade auch der LINKEN aufgreifen. Der Zeithorizont der Parteidiskussion kann weiter ausgedehnt werden, als er durch das durch aktuelle Publikumsinteressen sich ergibt. Parteien haben eine Chance, sich mit der planenden Verwaltung rechtzeitig auseinanderzusetzen, rechtzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu beanspruchen. Parteien können in einer öffentlichen Diskussion Alternativen entwickeln. Im Diskussionszusammenhang von Parteien kann auch eine Vermittlung von Fachwissenschaft und Öffentlichkeit gelingen.

*Der Text geht auf ein Diskussionspapier zurück, das am 31. Januar dieses Jahres im „Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung besprochen wurde. Die Diskussion schließt an einen Workshop „Konservative Leitbilder und linke Kritik“ an, den die rls im November 2006 in München organisiert hatte.*

*[http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/11Journal/064/061214\\_mitlinks17\\_b.pdf](http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/11Journal/064/061214_mitlinks17_b.pdf)*